

# Petition zur Nutheschlange: Transparenz und bürgernahe Mitbeteiligung vor Gebäudeabriss

Wir dokumentieren und rufen auf, die Petition zu unterzeichnen!

<https://www.openpetition.de/petition/online/transparenz-und-buergernahe-mitbeteiligung-vor-gebaeudeabri>

**Kein Abriss ohne Bürgerbeteiligung! Transparenz bezüglich des Abrissvorhabens „Nutheschlange“ herstellen und Anwohner\*innen-Anliegen berücksichtigen.**

Die „Nutheschlange“ ist ein Wohnkomplex mit Tiefgaragenstellplätzen entlang der Nuthe-Schnellstraße. Das architektonisch anspruchsvolle und kunstvoll gestaltete Ensemble stellt eine begrünte und bewohnte Schallschutzwand für das gesamte Wohngebiet Zentrum-Ost dar und bietet gleichzeitig einen ökologisch wertvollen Lebensraum für Mensch und Natur.

Das „Terrassenhaus“, der „Kopfbau“ dieser erst vor 20 Jahren erbauten Wohnlage, soll im 2. Halbjahr 2019 abgerissen werden. Vorgesehen ist an dieser Stelle ein Neubau, für den es bislang keine detaillierten Pläne gibt und von dem zu befürchten ist, dass er nicht die Funktionalität eines Lärm- und Emissionschutzes bieten kann und wird. Als Gründe für den Abriss nennt die *ProPotsdam*, Eigentümerin der Wohnanlage, Baumängel und die Notwendigkeit der Nachverdichtung. Die Konzeption des Neubauprojekts soll nach den Plänen der *ProPotsdam* erst im Rahmen eines Architektur-Wettbewerbs nach dem Abriss erfolgen.

Wir fordern die Verantwortlichen auf, bezüglich der im Folgenden aufgezählten Punkte Transparenz zu schaffen:

- 1. Baumängel auflisten:** Grundlage der Entscheidungen sind Baumängel am Gebäude. Nur statisch relevante Baumängel können einen Total-Abriss des „Terrassenhauses“ rechtfertigen. Es sind alle Baumängel darzustellen und Interessierten zur Einsicht offenzulegen.
- 2. Baumängel aufarbeiten und Qualitätsmanagement etablieren:** Um zukünftigen Baumängeln vorzugreifen sind die vorhanden Baumängel aufzuarbeiten, d.h. wie sind diese entstanden und weshalb wurden diese in den letzten Jahren nicht behoben. Es sind innerhalb der *ProPotsdam* und Verwaltung entsprechende Managementstrukturen zu etablieren, die verhindern, dass Baumängel in Zukunft verhindert werden und keine neugebauten Häuser mittelfristig abgerissen werden.
- 3. Entscheidungskriterien offenlegen:** Die Entscheidungskriterien für den Abriss, und damit für höhere Kosten und höhere Belastung der AnwohnerInnen durch Baulärm, Parkplatzmangel und Baustellenverkehr sind allen Interessierten darzulegen. Insbesondere ist offen zu legen, weshalb alternative Sanierungskonzepte bisher nicht geplant wurden. Mindestens folgende Kriterien sind abzubilden: Kosten, AnwohnerInnenbelastung, Parkraumsituation, Ensembleerhalt, stadtökologische Zusammenhänge.
- 4. Entscheidungsstrukturen offenlegen:** Die Entscheidungsstruktur bei derartig großen Projekten ist offenzulegen, damit die relevanten EntscheiderInnen bezüglich Ihrer Gründe befragt werden können. Die Entscheidungsstrukturen sollten in einem Organigramm und/oder als Historie darlegen, wer, wann, welche Entscheidungen traf und welche Entscheidungsgrundlagen bestanden.

5. **AnwohnerInnen-Anliegen berücksichtigen:** Die Erfahrungen und Anliegen der AnwohnerInnen sollten bei derartig gravierenden Entscheidungen wie einem Wohnhausabriss, aber auch für eine Neubauphase mit berücksichtigt werden. Es sind Managementstrukturen zu etablieren, welche es erlauben auch die Interessen der AnwohnerInnen in die Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Zum Beispiel können konkrete AnsprechpartnerInnen benannt werden, die ein Quartiersmanagement betreiben.
6. **Moratorium für den Abriss:** Solange keine fachlich fundierten Nachweise vorliegen, die einen Totalabriss begründen, darf das Terrassenhaus nicht abgerissen werden. Außerdem ist ein Abriss auch erst dann durchzuführen, wenn die Planungen für den Anschlussbau abgeschlossen sind.

## Begründung

Für die AnwohnerInnen wird sich während der Abriss- und Baumaßnahmen eine hohe Lärm-, Staub- und Schadstoffbelastung ergeben. Dazu wird u.a. der Baustellenverkehr und die fehlende akustische und räumliche Abschirmung des Kopfbaus beitragen. Zudem werden über 200 derzeit bestehende Parkplätze unterhalb des Terrassenhauses und im Zufahrtsbereich entfallen. Dadurch ist eine chaotische Parkplatzsituation im gesamt Stadtteil Zentrum Ost vorprogrammiert. Schon heute ist die Parkplatzsituation prekär und es gibt kein Verkehrssicherungskonzept für die Grundschule, Gesamtschule, die Kitas und Jugendclubs und das Familienzentrum im Stadtteil. Auch ergeben sich durch den Neubau höhere Kosten für den Stadthaushalt gegenüber einer Sanierungslösung. Die geplante Nachverdichtung wird zudem vorhandene Infrastrukturen wie den Verkehr, Kitas, Schulen etc. höher belasten.

Bislang wurden keine konkreten Baumängel, die zu der

Entscheidung für den Abriss des Hauses führten, benannt. Allerdings liegt den PetentInnen – d.h. den Mitgliedern der „*Initiative Nutheschlange*“ – sowohl das Gutachten eines von der *ProPotsdam* beauftragten Experten als auch eine darauf bezogene Stellungnahme der Entwurfsarchitekten (Baller) vor. Gemäß der Stellungnahme ist der geplante Abriss ungerechtfertigt. Auch sei eine Kernsanierung des Gebäudes zu geringeren Kosten und mit geringerer Belastung der Anwohner\*innen und der Umwelt möglich.

Der Abriss des Terrassenhauses ist auf Grundlage der bisherigen Informationspolitik durch die *ProPotsdam* nicht nachvollziehbar. Innerhalb des Verwaltungsapparates werden Maßnahmen gegen die Interessen der AnwohnerInnen getroffen, obwohl diese über Ihre Mieten diese Maßnahmen finanzieren und deren Auswirkungen ertragen müssen. Damit werden Strukturen etabliert, die eine Identifikation der AnwohnerInnen mit Ihrem Wohnumfeld verhindern und langfristig zu Konflikten führen. Wir denken, dass das Wohnumfeld in erster Linie die AnwohnerInnen angeht und diese in die relevanten Entscheidungen einbezogen werden müssen. Nachverdichtung ohne gleichzeitige Berücksichtigung der Auswirkung auf die Infrastrukturen führt zu langfristigen Problemen. Wir fordern mehr Transparenz für das konkrete Vorhaben „*Abriss Terrassenhaus*“ der *ProPotsdam*. Wir kritisieren damit die bestehende Informationspolitik der *ProPotsdam* und sowie die getroffenen Entscheidungen gegen die tatsächlichen Bedürfnisse der AnwohnerInnen. Nehmen Sie an dieser Petition teil, wenn Sie unsere Initiative unterstützen, sich für ein lebenswertes Wohnumfeld in der Nutheschlange einsetzen, wenn Sie den bisherigen Umgang der *ProPotsdam* mit ihren MieterInnen kritisieren und wenn Sie helfen wollen, den Stadtteil Zentrum Ost lebenswerter zu gestalten.